

Liechtensteiner VOLKSBLATT

Amtliches Publikationsorgan • 124. Jahrgang, Nr. 90

VERBUND/SÜDOSTSCHWEIZ

Redaktion und Verlag:
Feldkircher Strasse 5, FL 9494 Schaan
Telefon +423 237 51 51
Fax Redaktion +423 237 51 55
Mail Redaktion: redaktion@volksblatt.li
Fax Inserate +423 237 51 66
Mail Inserate: inserate@volksblatt.li
Internet: http://www.volksblatt.li

MONTAG

Zehn Kubikmeter Müll gesammelt

BALZERS: Am vergangenen Samstag trafen sich beim Balzner Pfadiheim die Pfadfinder und die Werkgruppe zur traditionellen Wald- und Bachläufe-Reinigung. Nicht weniger als zehn Kubikmeter Müll wurden gesammelt. Seite 2

Das war der fünfte Streich



FUSSBALL: Welch eine Bilanz. Die Vaduzer holten erstmals gegen Bellinzona Punkte und sie konnten so im Tessin den fünften Sieg in Folge feiern, der ihnen drei weitere wichtige Punkte sicherte. Vier Runden vor Schluss ist damit der FCV die Abstiegssorgen fast los. Seite 13

Neue Strecke - Neue Sieger



LEICHTATHLETIK: Janina Saxer (Zürich) und Mengesha Fegisa (Äthiopien) heissen die klaren Tagessieger am 43. Internationalen Bretschalauflauf in Eschen. Weit über 150 Läuferinnen und Läufer genossen diesen herrlichen Frühlingstag im Eschner Sportpark. Seite 19

Abzug aus Nablus und Ramallah

NABLUS: Nach dreiwöchiger Besetzung hat sich die israelische Armee am Sonntag aus Nablus und Ramallah weitgehend zurückgezogen. Soldaten waren aber weiter in den Randbezirken postiert. Seite 21

SBB feiern

OLTEN: Die SBB haben am Samstag in Olten (SO) ihr 100-jähriges Bestehen gefeiert. 500 geladene Gäste nahmen am Festakt «Hundert Jahre Bewegung» teil. Letzte Seite

Verkehrsstudie liegt Ende Mai vor

Nach dem unrühmlichen Ausstieg Österreichs wurde die Studie bilateral weitergeführt

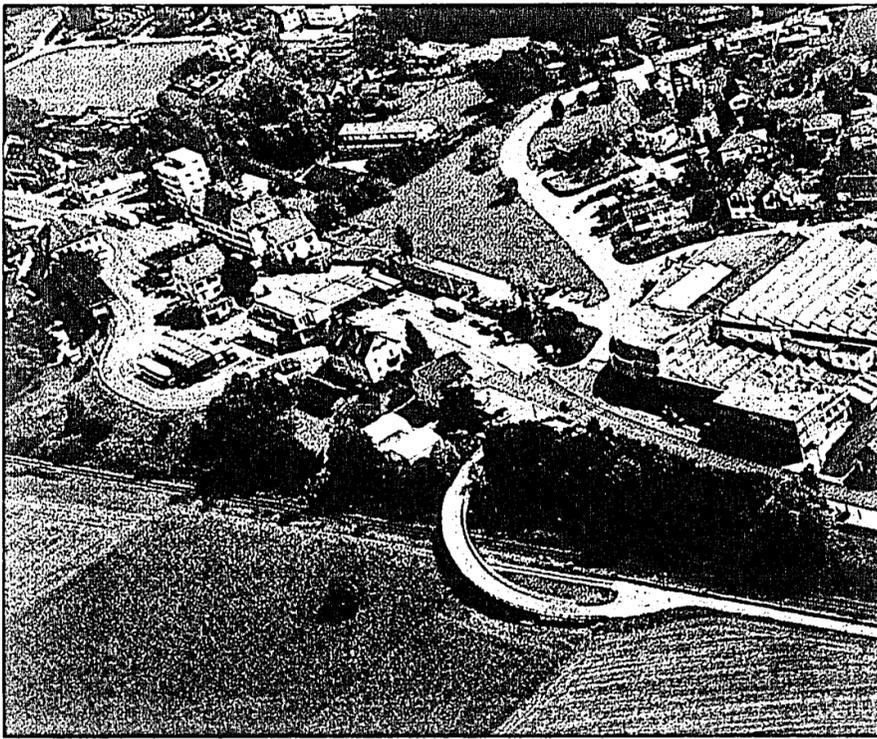
Die 1999 initiierte Studie «Nachhaltige Entwicklung des Verkehrssystems oberes Rheintal» ist bis Ende Mai 2002 fertig gestellt. Mitte Juni wird sie an einer Medienkonferenz vorgestellt und zugleich veröffentlicht, wie Regierungschef-Stellvertreterin Rita Kieber-Beck bekannt gab.

Gegenstand dieser Studie sind insbesondere die Auswirkungen von geplanten strassenbaulichen Massnahmen auf die Region Rheintal. Neben einer Darstellung der Verkehrsentwicklung sowie einer Mängelanalyse soll die Studie Massnahmen zur Verringerung der Belastungen aus dem internationalen Güterverkehr sowie zur Förderung des grenzüberschreitenden öffentlichen Personennahverkehrs und zur Sicherung einer nachhaltigen räumlichen Entwicklung vorschlagen.

Zunächst zu dritt

«Unrühmlicherweise und unerklärlicherweise» sei Österreich dann aber auf Druck des Vorarlberger FPÖ-Sprechers Hubert Gorbach, ohne Gründe zu nennen und ohne Rücksprache mit den Nachbarstaaten Schweiz und Liechtenstein zu halten, aus diesem gemeinsam gestarteten Projekt ausgestiegen, hielt der FDP-Abgeordnete Johannes Kaiser im letzten Landtag fest. Nähere Auskunft zu seinen Fragen gab Verkehrsministerin Rita Kieber-Beck.

Im Jahre 1999 wurde zwischen Liechtenstein, Österreich und der Schweiz die Absicht



Ebenfalls Gegenstand der Verkehrsstudie: der österreichisch-liechtensteinische Grenzgebiet Schaanwald-Tisis. (Archivbild: Anstalt für Luftfotografie)

formuliert, eine trilaterale Studie zum Bereich Verkehr für die grenzüberschreitende Region Rheintal in Auftrag zu geben. In der Folge wurde von den damaligen Verkehrsministern Leuenberger, Einem und Marxer ein so genannter «letter of intent» unterzeichnet. Danach wurden die Ausschreibung und Auftragsvergabe der Studie in einem trilateralen Lenkungsausschuss vorbereitet und durchgeführt.

Ausstieg Österreichs

Mit Schreiben vom 18. Au-

gust 2000 informierte das österreichische Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie, dass aufgrund der Neubeurteilung der Studie und allgemeiner Budgetrestriktionen keine Beteiligung der Republik Österreich an der Studie erfolgen werde, obwohl sich Österreich bereits an einer entsprechenden Auftragsvergabe beteiligt hatte.

Nach Rücksprache und in Zusammenarbeit mit der Schweiz wurde dem Befremden über Österreichs Ausstieg aus der Studie Ausdruck gegeben.

Gleichzeitig wurde versucht, den damaligen österreichischen Verkehrsminister Schmid zum Überdenken seiner Entscheidung zu bewegen und eine Fortsetzung der Teilnahme an den Arbeiten der Studie gemäss Absichtserklärung sicherzustellen. Leider ohne Erfolg.

Nun bilaterale Studie

Die Studie «Nachhaltige Entwicklung des Verkehrssystems oberes Rheintal» wurde ab Oktober 2000 als bilaterale Studie, ohne die Teilnahme der Republik Österreich, fortgesetzt. Im

Begleitausschuss zur Studie haben jedoch Vertreter aus dem Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie, Wien, sowie Vertreter der Vorarlberger Landesregierung und der Naturschutzanwaltschaft Vorarlberg Einsitz.

Nach Konsultationen und in Absprache mit der Schweiz wurde im Herbst 2000 seitens Liechtensteins auf weitere Schritte gegenüber Österreich verzichtet. Die nun bilaterale Studie wurde mit identischem Pflichtenheft, Umfang und Inhalten weitergeführt, so dass aufgrund der Leistungen und Resultate keine Konsequenzen zu befürchten sind.

Bis Ende Mai fertig

Nach dem unwiderruflichen Ausstieg Österreichs aus der Studie einigten sich die Schweiz und Liechtenstein darauf, die Studie in gleichem Rahmen bilateral weiterzuführen und die Kosten, die ansonsten durch die Republik Österreich getragen worden wären, zu gleichen Teilen zu übernehmen.

Die Studie «Nachhaltige Entwicklung des Verkehrssystems oberes Rheintal» wird bis Ende Mai 2002 fertig gestellt sein. Am 30. April findet die nächste und zugleich letzte Begleitgruppenitzung zur Studie statt. Nach der Berücksichtigung des Inputs der Begleitgruppe wird die Studie fertig gestellt und an einer Medienkonferenz am Freitag, den 14. Juni im Beisein des Direktors des Bundesamtes für Raumentwicklung vorgestellt und zugleich veröffentlicht werden.

Sensation in Frankreich

Französischer Rechtsextremist erreicht Stichwahl

PARIS: Politisches Erdbeben in Frankreich: Der Rechtsextremist Jean-Marie Le Pen hat sensationell die Stichwahl um die französische Präsidentschaft gegen den konservativen Amtsinhaber Jacques Chirac am 5. Mai erreicht.

Der 73-Jährige eroberte in der ersten Runde am Sonntag den zweiten Platz und fügte dem favorisierten sozialistischen Premierminister Lionel Jospin eine bittere Niederlage zu. Dieser gab gestern Abend seinen Rückzug aus der Politik bekannt. «Das ist eine grosse Niederlage der beiden Führer des Establishments, des scheidenden Präsidenten und des Premierministers», erklärte Le Pen. Er sprach von einem «Augenblick der Hellsichtigkeit des französischen Volkes». Die Franzosen hätten verstanden, dass die beiden für die dramatisch hohe Kriminalität im Land

verantwortlich seien. Sein Erfolg überrasche ihn nicht. Er habe immer gesagt, dass sich die erste Runde der Präsidentschaftswahl «zwischen 17 und 18 Prozent» abspielen werde.

Le Pen erreichte zwischen 17 und 18 Prozent, der Neogaullist Chirac lag mit rund 20 Prozent knapp vor ihm. Der Sozialist Jospin kam nur auf gut 16 Prozent. Seite 21



Jean-Marie Le Pen sorgte in Frankreich für eine Sensation.

SPD geht unter

Politischer Erdbeben in Sachsen-Anhalt

MAGDEBURG: Politischer Erdbeben in Sachsen-Anhalt: Bei der Landtagswahl erlitt die SPD am Sonntag die schwerste Schlappe seit Amtsantritt von Kanzler Gerhard Schröder. Mit einem Verlust von 35,9 auf etwa 19 Prozent wurde sie nur noch drittstärkste Partei hinter der PDS und muss die Macht an CDU und FDP abgeben.

Neuer Ministerpräsident wird der CDU-Landesvorsitzende Wolfgang Böhmer, dessen Partei einen gewaltigen Zuwachs von 22 auf rund 37 Prozent verzeichnete. Auch die FDP kehrte mit gut 13 Prozent glanzvoll in den Landtag zurück. Mit dem Wahlsieg in Sachsen-Anhalt haben die CDU-regierten Länder auch die Mehrheit im Bundesrat erobert. Fünf Monate vor der Bundestagswahl am 22. Sep-



Neuer Ministerpräsident wird Wolfgang Böhmer.

tember wird damit für die rot-grüne Koalition im Bund das Regieren deutlich erschwert. Die Landtagswahl in Sachsen-Anhalt galt als letzter Stimmungstest vor der Entscheidung im Herbst. Unions-Kanzlerkandidat Edmund Stoiber sprach von einem «grossen Tag des Aufbruchs für CDU und CSU» und einem Signal für Berlin. Seite 21